

	Antrags-Nr.	
	1224-AT/2013	

Antrag

Herr Oliver Pfeffer
Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Bedarfszuweisungen und Haushaltssicherungskonzept

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	26.06.2013	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	03.07.2013	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung über folgende Sachverhalte eine Stellungnahme bzw. einen Sachstandsbericht zu geben:

- 1. das gesamte HSK als Grundlage der Bedarfszuweisung des Landes**
- 2. Steuereinnahmen, Einsparungen, Ausgabenreduzierung, Erschließung neuer Einnahmemöglichkeiten**
- 3. Personalabbau nach HSK**
- 4. Antragstellung an das LVwA auf eine Bedarfszuweisung in Höhe von 2,5 Mio Euro**
- 5. Evaluation der Ausgaben bei den Sozialhilfeleistungen**
- 6. Zuweisung von 2,3 Mio Euro an die Stadt Eisenach aus dem Garantiefond**

II. Begründung

Zur Stadtratssitzung am 20.03.2013 informierte der Finanzminister, Herr Voß, den Stadtrat persönlich über die Modalitäten einer Bedarfszuweisung. Dabei führte er unter anderem aus (siehe Protokoll):

- dass die Realisierung des HSK die Grundlage für die Bedarfszuweisung ist
- die Stadt neben den Steuererhöhungen den Nachweis erbringen muss über weitere Einsparungen, Reduzierung der Ausgaben, Erschließung neuer Einnahmemöglichkeiten und Personalabbau
- die Oberbürgermeisterin den Antrag auf Bedarfszuweisung von 2,5 Mio Euro beim LVwA stellen muss
- bei den Ausgaben zur Sozialhilfe genau geprüft werden muss, wo die Kosten entstehen und wo die Stellschrauben sind
- Eisenach aus dem Garantiefond 2.3 Mio Euro Zuweisung erhält

Da nun das erste Halbjahr der Abarbeitung aller Maßnahmen, die mit Termin für das Jahr 2012 im HSK stehen, bereits überschritten ist und bisher auch in den Sachstandsberichten (Januar, April) kaum Veränderungen zum im September beschlossenen HSK zu erkennen sind (außer Steuererhöhungen und Überwachung des fließenden Verkehrs) und auch der

Haushalt der Stadt, der sich diesem HSK unterordnen muss, in großen Teilen den Vorgaben des HSK widerspricht (Budgetierung Museum, VHS und Bibliothek), ist es notwendig, zu den vom Minister genannten Themen einen Realisierungsbericht zu erhalten.

Herr Oliver Pfeffer
Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion